

Dinosaurier dürfen nicht sterben

■ Antrag der GRÜNEN: Erhalt des Fuhlrott-Museums ist sicherzustellen!

Um das Fuhlrott-Museum in seinem bisherigen Umfang zu erhalten, hat die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen Prüfauftrag in der Ratssitzung am 02.06.2003 eingebracht. Dort wurde er zur Vorberatung in den Kulturausschuss überwiesen, eine Entscheidung soll im Juli getroffen werden.

Antrag:

1. Der Erhalt des Fuhlrott-Museums als Naturkundemuseum für das Rheinland ist sicherzustellen.

2. Die Stelle des Museumsleiters wird wiederbesetzt.

3. Die bisherigen Stellen werden erhalten.

4. Ausstellungen werden auch in Zukunft, z.B. auch zu Themen der Lokalen Agenda und zur nachhaltigen Entwicklung, konzipiert und gezeigt, dazu ist ein Konzept aus fachlicher Sicht zu erarbeiten. Der Rat der Stadt hält die Verlagerung der Ausstellung in die Zoosäle für sinnvoll, auch unter dem Gesichtspunkt von Synergieeffekten. Die Verwaltung wird daher beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen,

1. ob bei einer Neuorientierung des Museums als wichtigem außerschulischen Lernort Forderungen aus der aktuellen Bildungsdiskussion aufgegriffen und umgesetzt werden können, 2. ob eine Zusammenarbeit mit Wuppertaler Institutionen oder Firmen, wie sie z.B. mit dem Bayer-Labor bereits besteht, auch mit dem Wuppertal Institut oder anderen Instituten im Sinne einer Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis möglich und sinnvoll ist.

Begründung:

Nach dem Weggang von Prof. Schleich und dem zu erwartenden Auslaufen der AB Maßnahmen wird eine gravierende Änderung im Fuhlrott-Museum eintreten, die bedauerlicherweise nicht im Kulturausschuss diskutiert wurde. "Jeder Abschied ist jedoch gleich auch ein neuer Anfang" (Hermann Hesse), dessen Chancen zu ergreifen und positiv neu zu gestalten sind. Das Museum ist aufgebaut auf viel bürgerschaftliches Engagement und wird auch heute noch in manchen Gebieten davon mitgetragen. Damit besitzt die Stadt einen großen Schatz, den es zu pflegen gilt. Die Sammlungen haben großen wissenschaftlichen Wert, manche Exemplare

Fortsetzung Seite 2

Fuhlrott konservierbar?

Gastbeitrag des BUND: Offener Brief an OB Kremendahl

Sehr geehrter Herr Dr. Kremendahl, mit Erleichterung und zugleich mit Bedauern haben wir Ihre Ideen zur Zukunft des Fuhlrott-Museums vernommen.

Mit Erleichterung, weil sich mit Ihnen der maßgebliche Vertreter der Stadt Wuppertal für das Fuhlrott-Museum einsetzt.

Mit Bedauern, weil Ihr Vorschlag, das Fuhlrott-Museum (zunächst?) zu "konservieren", also auf dem Status quo einzufrieren, nicht wirklich hilfreich ist. Dies soll ohne wissenschaftliche Leitung, aber unter Einsatz eines Kustoden, eines Bewahrers der höchst wertvollen naturkundlichen Sammlungen, geschehen und – natürlich – durch die Mitarbeit von Ehrenamtlichen unterstützt werden. Bedauern auch deshalb, weil Ihre Idee die Zukunft dieses für Wuppertal und die Bergische Region so wichtigen Naturkunde-Museums von internationalem Rang in eine ungewisse Zukunft verschiebt. Sie geben damit ihre politische Gestaltungsmöglichkeit, konstruktiv für das Fuhlrott-

Museum zu wirken, aus der Hand. Sollte Ihr Vorschlag umgesetzt werden, wird sich dann in Zukunft überhaupt noch jemand für das Fuhlrott-Museum stark machen? Wer unterstützt noch ein Museum, das im Dornröschenschlaf liegt?

Jetzt aber wäre es an der Zeit, diesen Schatz Wuppertals zu sichern. Jetzt wäre es an der Zeit, die Sache "Fuhlrott-Museum" zur kulturellen Chefsache, zu Ihrer Sache machen! Bereiten Sie den Weg für die Berufung eines neuen Museumsdirektors, der sowohl weltoffen ist, aber zugleich auch die Naturschätze des Rheinlands und der Bergischen Region zu würdigen weiß. Starten Sie gemeinsam mit Rat und Stadt eine Politik der Offensive pro Fuhlrott-Museum!

Eine Offensive für das Kennenlernen von Natur und Landschaft der Region, für das Erfahren ökologischer Hintergründe und Zusammenhänge. Denn das ist Aufgabe des Fuhlrott-Museums, hier können Menschen in Ergänzung zu anderen umwelt-pädagogischen In-

stitutionen Zugang zur Umwelt erlangen. Hier aber kann dieser Zugang auch in moderner Weise mit technologisch anspruchsvollen Präsentationsformen vermittelt werden.

Das Fuhlrott-Museum hat eine Zukunft, wenn Sie, der Stadtrat und die Verwaltung, und wenn die BürgerInnen dies wirklich wollen. Dann werden Sie für ein gutes Konzept mit dem richtigen Team auch Sponsoren, Förderer und Stifter gewinnen können. Unser Vorschlag: Wäre es nicht an der Zeit, die kulturelle Bedeutung dieses bisher unter Wert verkauften Museums auch einmal den kulturellen Großstiftern in der Region (beispielsweise der Jackstädt-Stiftung) nahe zu bringen?

Wir bitten Sie herzlich, sich offensiv für einen Weiterbetrieb und eine Aufwertung des Fuhlrott-Museums – möglicherweise auch in anderen Räumlichkeiten – einzubringen und sich an die Spitze dieser Bewegung zu setzen. Mit freundlichen Grüßen

Jörg Liesendahl, Ilona Schäfer, Pressesprecherin der BUND-Kreisgruppe Wuppertal

AUS DEM INHALT

GRÜNE zur Agenda 2010 S. 2

Müll in der Stadt? S. 2

GRÜNER Frauenbus S. 3

Ja zum Döppersberg S. 3

Guten Tag!

Liebe Leserin, lieber Leser, nach vielen sonnigen Tagen im Tal passt sich nun auch das Verhandlungsergebnis der Krise des Ministerpräsidenten NRW, Peer Steinbrück, dem Sommer an: die rot-GRÜNE Regierung hat sich zusammen gerauft und wir begrüßen aufs herzlichste, dass in der getroffenen Vereinbarung die Farbe GRÜN hervorragend vertreten ist. In Wuppertal haben die GRÜNEN dazu beigetragen, dass wir mit einer Schule am Modell der Offenen Ganztagschule beteiligt sind und machen uns dafür stark, dass der vorgezogene Kommunalwahlkampf um die Hoheit über die Stammtische zum Thema Sauberkeit in unserer Stadt nicht auf dem Rücken der Obdachlosen ausgegossen wird. Für 95 Prozent des Mülls auf Wuppertaler Straßen sind nämlich Leute wie Du und Ich verantwortlich.

Wir wünschen Ihnen einen wunderschönen Sommer, einen erholsamen Urlaub im Bergischen oder anderswo.

KURZ & klein

Wuppertaler GRÜNE zur Agenda 2010

■ Notwendige Reform des Sozialstaates zwingend erforderlich

GRÜNE im Wonnemonat Mai

Diesmal blieb der Wonnemonat Mai bei den Wuppertaler GRÜNEN nicht ohne Folgen. Gleich zwei Hochzeiten konnten sowohl im Standesamt Elberfeld als auch im Standesamt Barmen gefeiert werden. Zum einen traute sich die Geschäftsführerin unseres Kreisverbandes und ehelichte ihren Thomas. Jetzt hört sie auf den schönen Namen Susanne Sperling.

Zum anderen trat unser GRÜNER Elberfelder Bezirksvertreter Klaus Lüdemann in den Stand der Ehe und heiratete seine Lebensgefährtin Ute Senger. Aus gut unterrichteten Kreisen hörten wir, dass sich besonders Tochter Dören sehr darüber freute. Da ließ es sich unser GRÜNER Beigeordneter Harald Bayer nicht nehmen und überreichte dem überraschten Bräutigam einen Original-Poller in Anspielung auf turbulente Zeiten auf dem Ölberg und dem unnachahmlichen Engagement unseres "Poller-Klaus".

Wir wünschen beiden Brautpaaren einen glücklichen gemeinsamen Lebensweg!

Koalitionskrise in NRW beendet

Nach vielen zähen Verhandlungsrunden haben sich die GRÜNEN NRW mit der SPD geeinigt und ein gemeinsames Papier mit dem Titel „Düsseldorfer Signal für Erneuerung und Konzentration“ verabschiedet, das im Original unter www.gruene-nrw.de zu finden ist.

Spiegel Online: „Bettvorleger“ Steinbrück „Das Ende der Koalitionskrise in Nordrhein-Westfalen wurde in der deutschen Presse mit Spott bedacht. Der Kompromiss, auf den sich Regierungschef Peer Steinbrück und die grüne Umweltministerin Bärbel Höhn geeinigt haben, gilt als klarer Sieg für den kleinen Koalitionspartner - aber vor allem als Armutszeugnis für die SPD.“

Süddeutsche Zeitung: „Wenn es Gewinner gibt, dann sind es die Grünen. Ihren Erfolg haben sie aber nur teilweise eigener Standfestigkeit zu verdanken. Würde es einen Orden für den 'Verdienten Grünen-Mitarbeiter des Monats' geben, dann müsste ihn für den Juni der Ministerpräsident selbst bekommen: Er hat in den Verhandlungen mehr für die Grünen (Verzicht auf den Metrorapid, Reduzierung der Steinkohlesubventionen) herausgeholt als für seine eigene Partei.“

Westfalenpost: „Wüsste man es nicht besser, könnte der Verdacht aufkommen, Peer Steinbrück habe die Grünen stärken wollen. NRW verzichtet auf den Metrorapid, geht an die Kohlesubventionen ran, will beim Verwaltungszuschnitt bisherige SPD-Positionen verlassen - wenn Grünen so viel Gutes widerfährt, das ist schon eine Feier-Vesper wert.“

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Harald Bayer, Bettina Brucher, Michael Hohagen,
Petra Lückeraht, Klaus Lüdemann, Paul Yves
Ramette, Peter Vorsteher, Irmgard Wohler

Gastkommentar:
Jörg Liesendahl, Ilona Schäfer,
BUND-Kreisgruppe Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Wupper-Nachrichten Verlags GmbH,
Tannenbergr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 17430

Die Abgabe ist kostenlos!

Seit Monaten kreist die öffentliche Diskussion um Themen wie „Reform des Sozialstaates“, „Krise der Sozialversicherungen“, „Sozialabbau“ und dergleichen. Diese Diskussion ist einerseits notwendig, weil der Zustand der öffentlichen Kassen, die Belastung der Sozialversicherungssysteme, die andauernd hohen Arbeitslosenzahlen, vielfach lahrende Wirtschaft sie zwingend erforderlich macht.

Andererseits aber ist festzustellen, dass nicht alle Vorschläge den Maßstäben genügen, die an soziale Sicherungssysteme in unserem Land gelegt werden müssen.

Ein vollständiger Verzicht auf Reformen in den über viele Jahrzehnte gewachsenen Strukturen sozialer Sicherung ist auch im Hinblick auf das zu vermeidende Verschieben enormer Verpflichtungen auf kommende Generationen nicht vertretbar.

Sinnvolle Maßnahmen

Maßnahmen zur Reform des Arbeitsförderungs- und des Sozialhilferechtes sind daher grundsätzlich sinnvoll. Soziale Gerechtigkeit, solidarische Lastenverteilung und Sicherstellung der Möglichkeit zur dauerhaften und menschenwürdigen Teilnahme aller BürgerInnen am gemeinschaftlichen Leben sind hier wesentliche Messlaten. Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollten darüber hinaus nicht lediglich nach dem „Prinzip Hoffnung“ die Arbeitgeber entlasten, sondern die Aussicht auf konkrete Arbeitsplatzbeschaffung beinhalten.

Sinnlose Maßnahmen

Die geplanten Eingriffe etwa beim Kündigungsschutz wie auch erweiterte Möglichkeiten zum Abschluss befristeter Arbeitsverträge sind letztlich nur zu rechtfertigen, wenn nach Ablauf eines angemessenen Zeitraumes ihre Wirksamkeit überprüft wird. Das Ausüben von Druck auf Arbeitslose und andere ohnehin Benachteiligte ist ohne ein gleichzeitiges zumutbares Arbeitsangebot zynisch.

Darüber hinaus ist einer nicht unerheblichen Zahl von nicht in „regulärer“ Vollzeiterwerbsarbeit befindlichen Menschen die erfolgreiche Teilnahme an „fordernden und fördernden“ Maßnahmen mit dem Ergebnis dauerhafter Unabhängigkeit von öffentlichen Hilfen aufgrund unterschiedlichster Lebensumstände und Einschränkungen nicht möglich.

Grundsicherung erforderlich

Aus diesem und anderen Gründen ist aus unserer Sicht eine Grundsicherung für Menschen, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt mit Erwerbsarbeit zu finanzieren, als wesentliches Ziel weiterer Reformen anzustreben.

Soziale Schieflage

Das Ausmaß einer Reihe von geplanten Leistungskürzungen im Rahmen der Agenda 2010 bei von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen steht bisher in bemerkenswertem Gegensatz zum rücksichtsvollen Umgang mit Vermögen in unserer Gesellschaft, denen über Subventionsabbau, Maßnahmen

gegen Steuerhinterziehung, das Schließen ungerechtfertigter Steuer-schlupflöcher und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein erheblicher Beitrag zur Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme abzuverlangen ist. Bei der notwendigen Sanierung des Gesundheitssystems ist auf Beibehaltung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu achten. Darüber hinaus sind alle Einkommensarten in die Beitragspflicht aufzunehmen, um hiermit der von Bündnis 90/DIE GRÜNEN seit langem geforderten Bürgersicherung näher zu kommen.

Weitergehende Informationen

Zum Abschluss dieser aus Platzgründen leider sehr verkürzten Darstellung komplizierter Sachverhalte sei darauf hingewiesen, dass sich ein ausführliches Positionspapier der Wuppertaler GRÜNEN zu den angesprochenen Fragen sowohl auf der Internetseite www.gruene.de/wuppertal findet als auch in den Geschäftsstellen von Fraktion und Kreisverband in Kopie erhältlich ist.

Der Müll, die Stadt & die Suche nach Schuldigen

■ Medien und Einzelhandel im Wettstreit um Konzepte für ein gereinigtes Wuppertal

Alle Jahre wieder - vorzugsweise im Sommer - schwappt eine Diskussion über die tatsächliche oder vermeintliche Vermüllung unserer Stadt durchs Tal. Damit einher geht ebenso regelmäßig das öffentliche Anprangern von sogenannten Randgruppen unserer Gesellschaft.

Diese (unter ihnen Obdachlose, Suchtkranke, psychisch Kranke) pflegen sich seit Jahrzehnten u.a. im Bereich zwischen Tunnelausgang und Alter Freiheit in der Elberfelder Innenstadt, aber

auch etwa auf dem Berliner und dem Rathausvorplatz, aufzuhalten. Dies muss niemandem gefallen, dies muss auch nicht begrüßt werden, dies ist aber als eine unter vielen Lebensäußerungen einer Großstadt zu akzeptieren, soweit nicht gegen Strafgesetze und Ordnungsrecht verstoßen wird. Diese Rechtsverstöße werden weder durch Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit noch durch bloßes Herumstehen verwirklicht.

Auch passives Betteln gehört aus gutem Grund nicht zu den Verhaltensweisen, die in unserer Stadt unter Strafe gestellt sind.

Gleichwohl wird - u.a. durch den örtlichen Einzelhandelsverband - in die-

sem Sommer wieder einmal der Versuch unternommen, illegale Müllentsorgung, Tauben- und Hundekot, kaputte Rolltreppen, wildes Plakatieren, herumstehende Alkoholiker, Anlieferungen in der Fußgängerzone nach 11.00 Uhr usw. in einem Rundumschlag Politik und Stadtverwaltung um die Ohren zu hauen. Hierbei ist den Initiatoren dieser öffentlichen Äußerungen durchaus bekannt, dass die u.a. geforderten rechtlichen Grundlagen für durchgreifende Maßnahmen längst existieren und auch angewandt werden. Auch die in Wuppertal seit langem existierende „Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen“ befasst sich

kontinuierlich mit diesen Fragen. Leider hat sich - obwohl Mitglied - der Einzelhandelsverband seit längerer Zeit dort nicht mehr blicken lassen. In den Reihen unserer politischen Konkurrenz entbrennt mittlerweile ein engagierter Wettkampf um die Meinungsführerschaft in Sachen Müll und vermeintliche angrenzende Themen. Es bleibt zu hoffen, dass dies Maßnahmen zur Verringerung des tatsächlich im öffentlichen Raum befindlichen Mülls zur Folge hat und im übrigen mit der Beratung und Betreuung von Obdachlosen und Suchtkranken auch weiterhin diejenigen befasst bleiben, die von den Problemen dieser Menschen etwas verstehen.

Altlastensanierung stark reduziert

■ Landesregierung stellt Förderung auf Schlüsselzuweisung um

Der Landesregierung zufolge soll die Landesförderung zur Sanierung von Altlasten ab 2004 erheblich gekürzt und den Schlüsselzuweisungen der Kommunen zugeordnet werden. Damit würde das bewährte Prinzip, dass diejenigen Kommunen die höchste Summe an Fördermitteln erhalten, die die größten Altlastenprobleme zu lösen haben, aufgegeben. Hintergrund dieser Überlegungen ist die sich verschärfende Finanzsituation des Landes.

Für Städte wie Wuppertal wird die Bewältigung der Altlastenprobleme dadurch sehr erschwert, da hier im Vergleich zu anderen Städten mehr Altlasten vorhanden sind. Das bisherige Prinzip, die Sanierung derjenigen Altlasten zu fördern, von denen die größte Gefahr ausgeht, wird damit aufgegeben. Es steht auch zu befürchten, dass die Gefahrenermittlung und Gefährdungsabschätzung von Altlasten, wie sie bislang durchgeführt werden konnten, nun völlig wegbrechen würde. Das Ziel, gerade die Altlastenstandorte und innerstädtische Branchen im Sinne einer auch vom Land

geforderten und geförderten Innenentwicklung zu recyceln und wieder dem Bodenmarkt für Investitionen zuzuführen, wird ebenfalls unterminiert. In Wuppertal können z. B. schon jetzt aufgrund der 50prozentigen Kürzung der Fördermittel in 2003 und des Wegfalls der direkten Förderung ab 2004 bedeutsame Altlastenprojekte nicht mehr weitergeführt werden, es sei denn, sie werden vollständig mit kommunalen Eigenmitteln finanziert.

Dies bedeutet, dass z.B. bestimmte Bauleitplanverfahren zur planungsrechtlichen Sicherung und Entwicklung von Flächen für den Wohnungsbau oder für Gewerbeflächen nicht in Angriff genommen oder abgeschlossen werden können. Im Falle der Altlast "Eskesberg" wäre die Stadt gezwungen, die erforderliche Sanierung vollständig auf eigene Kosten durchzuführen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Wuppertal wendet sich aus all diesen Gründen gegen die Abschaffung des umwelt- und stadtentwicklungspolitisch äußerst sinnvollen und dringend notwendigen Förderinstruments.

Der Trend zum weiteren Flächenverbrauch am Stadtrand würde verstärkt. Was ist zu tun?

Der bündnisGRÜNE Umweltdezernent Harald Bayer, Leiter des Geschäftsberichts Umwelt, Grünflächen und Geodaten, hat vor dem Hintergrund des drohenden Fördermittelverlustes Um-

weltministerin Bärbel Höhn angesprochen, um auf die daraus resultierenden dramatischen Folgen aufmerksam zu machen.

In ihrem Antwortschreiben empfiehlt die Ministerin allen betroffenen Städten, sich für den Erhalt dieses Förderprogramms einzusetzen, um auch innerhalb der kommunalen Spitzenverbände für diese Position zu werben. Denn die Auflösung der Zweckzuwei-

sungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz basiert nicht zuletzt auf deren Forderungen.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird einen Antrag im Rat der Stadt zur Änderung dieser Position und für die Beibehaltung des Altlasten-Förderprogramms des Landes stellen und innerhalb der kommunalpolitischen Vereinigung der Grünen und im Deutschen Städtetag für diese Position werben.

Dinosaurier ...

■ Fortsetzung von Seite 1

sind nicht zu ersetzen, weil ausgestorben. Sammlungen aus der Vergangenheit und aus der heutigen Zeit müssen der Nachwelt erhalten bleiben, damit bestimmte wissenschaftliche Fragestellungen auch in Zukunft beantwortet werden können. Das Museum ist Ort der Bildung im Naturbereich und hat große Bedeutung für die Schulbildung. In der Wuppertaler Kulturlandschaft nimmt es aufgrund seines Forschungs-, Bildungs- und Kulturauftrages eine besondere Stellung ein und hat damit einen öffentlichen Auftrag. Dieser Auftrag kann nur, da es nicht rentierlich sein kann von seiner Natur her, im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge

wahrgenommen werden. Ein Natur- und Umweltmuseum, angesiedelt in der Nähe zum Zoo, im Themenbereich nahe angesiedelt am aktuellen Geschehen in der Stadt und im wissenschaftlichen Bereich könnte ein Highlight für Wuppertal werden. Eine sorgfältige Prüfung dieser beschriebenen und vielleicht noch weiterer kreativer Möglichkeiten und eine, wenn machbar, baldige Umsetzung wäre die bessere Alternative als einer "Konservierung" des Museums. "Nachhaltigkeit sichtbar zu machen wäre eine spannende Aufgabe in einem Museum" (Zitat Prof. W.D. Grossmann aus dem Hearing zum Fuhlrott-Museum).

GRÜNER Frauenbus im Tal

■ Arbeit geschlechtergerecht verteilen

Der Frauenbus des Landesverbandes von Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW machte am 27. Juni in Wuppertal auf dem Willy-Brandt-Platz Station.

Neben umfangreichen Informationsmaterialien für die WuppertalerInnen über frauenpolitische Themen der Bundes- und Landespolitik der GRÜNEN wurden in einer Talkrunde die aktuelle Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit Fachfrauen von mehreren Seiten beleuchtet.

Die Palette der Themen war breit gefächert, einige Beispiele verdeutlichen das: Als Erfolg für Frauen wurde das Lan-

desgleichstellungsgesetz und seine Umsetzung auf kommunaler Ebene gewertet, wobei in Wuppertal Frauenförderung schon sehr früh in der Verwaltung Einzug hielt.

Der in Wuppertal zum zweiten Mal durchgeführte Girls-Day wurde als positives Beispiel hervorgehoben, schon Mädchen in die vielfältigen beruflichen Tätigkeitsfelder hineinschnuppern zu lassen. Die Umsetzung des Hartz-Gesetzes wurde von Diskussionsteilnehmerinnen kritisch beurteilt, vor allem bei den Maßnahmen Mini-Jobs und Ich-AG wurde angemerkt, dass beide keine eigenständige Existenzsicherung für Frauen ermöglichen.

Die Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

wurde von den Expertinnen bekräftigt, da die Unternehmen sich nicht bereit gezeigt haben, auf freiwilliger Basis frauenfördernde Maßnahmen einzuführen.

Das Fazit der Runde war: es gibt noch viel zu tun, bis Arbeit gerecht zwischen Frauen und Männern aufgeteilt ist. Die Ergebnisse der Talkrunde und die von den Expertinnen geforderten Maßnahmen entsprechen bündnisGRÜNER Politik. GRÜNE setzen sich seit langem sowohl auf kommunaler, Landes- als auch auf Bundesebene dafür ein, dass sich die Lebenssituation von Frauen und Männern verbessert mit dem Ziel, die Gerechtigkeitslücke zwischen Frauen und Männern zu schließen.

Regionale 2006: Das „Freiraumprogramm Talachse“

■ Wupperufer, historische Parkanlagen, Türme und Routen attraktiver gestalten

Das Freiraumprogramm Talachse gliedert sich in drei Kategorien:

1. Stadt am Fluss - Zwischenräume entlang der Talachse:

Durch Aufwertung und Nutzbarmachung der Uferbereiche im Zusammenspiel mit gewässerökologischen Maßnahmen in der Wupper entstehen Typen von Freiräumen wie der „Wupperstrand“, die „Wupperpromenade“ und der „Wupperbalkon“ als konkrete Möglichkeiten, den Fluss entlang seiner gesamten Achse auf unterschiedliche Weise erlebbar und punktuell zugänglich zu machen.

Betrachtungsraum ist die gesamte Talachse zwischen Oberbarmen und Sonnborner Kreuz. Ein bis zum Jahr 2006 realisierbarer räumlicher Schwerpunkt liegt im Bereich zwischen der Kulturinsel Kluse und der Kulturachse Barmen (Oper bis Höhe).

2. Historische Parks neu entdecken

Das großzügige Freiraumpotenzial von den Talhängen zu den Höhen erhöht die Freiraumqualität der Stadt um ein Vielfaches.

Zum Gesamtkonzept der bedeutenden Parkanlagen Wuppertals zählen beispielhaft die Barmer Anlagen, die Hardt, der Nützenberg und der Zoologische Garten. Die Parkanlage Hardt ist im Westen und Norden vom Stadtteil Osteraum umgeben.

3. Türme und Routen - Wege aus dem Tal auf die Höhen

Neben der Aufwertung der Grünflächen im Tal wie auf den Höhen wird ein Fußwegenetz entwickelt, welches die ausgewählten Bergparks und die Promenaden entlang der Wupper durch Routen miteinander verbindet. Die Treppen als eine Wuppertaler Besonderheit bilden einen zentralen Baustein der Wegeführungen, die ihren Beginn an Knotenpunkten im Tal und an den

Türmen in den Parkanlagen finden. Die Wege werden gekennzeichnet und die Eingänge in die Parkanlagen durch „grüne Tore“ hervorgehoben. Die Haupttrouten erschließen den Toelleturm in den Barmer Anlagen, den Bismarckturm sowie den Elisenturm auf der Hardt und den Weyerbuschturm auf dem Nützenberg.

Zielsetzung und Planungsstrategie:

Die geplanten Maßnahmen an der Wupper bewirken eine schrittweise Hinwendung der Stadt zum Fluss. Durch attraktive Gestaltung und Nutzbarmachung der Uferbereiche wird das Infrastrukturangebot verbessert. Die hierdurch erhöhte Attraktivität in der Talachse und in den historischen Parks wirkt sich auch positiv als Standortfaktor für gewerbliche Betriebe und auf das Wohnumfeld angrenzender Stadtquartiere aus.

Mit dem Freiraumprogramm werden zentrumsnahe vorhandene Freiräume und Grünflächen in Wuppertal aufgewertet, weiterentwickelt, neu interpretiert und neu erlebbar gemacht.

Wie geht es weiter

Es werden drei Planungswerkstätten zur Konkretisierung der investiven und grünflächenbezogenen Maßnahmen in den historischen Parks Nützenberg, Hardt und Barmer Anlagen durchgeführt. Die Werkstattverfahren werden mit Fachplanern unter intensiver BürgerInnenbeteiligung durchgeführt und durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

In den Parks und im Umfeld der Parks wird bereits in diesem Jahr mit Maßnahmen begonnen, die der besseren Zugänglichkeit der Parks und der Öffnung von Sichtachsen in den Parks dienen.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützte dieses Regionaleprojekt von Anfang an und wünscht ihm eine erfolgreiche Umsetzung.

Ja zur Planung Döppersberg

■ Deutsche Bahn und Land stärker in die Pflicht nehmen

Mit der Machbarkeitsstudie Döppersberg ist jetzt ein realistischer Vorschlag unterbreitet worden, den Umbau des Döppersberges inklusive des Busbahnhofes unter der städtebaulichen Prämisse, den Bahnhofsvorplatz zu einem lebendigen Stadtplatz, der in die Fußgängerzone integriert ist, zu entwickeln, zu planen und umzusetzen.

Dieser Vorschlag wird von der bündnisGRÜNEN Ratsfraktion begrüßt. Die Fraktion stimmt auch einer Budgetierung des Projektes Döppersberg im Rahmen der Regionale 2006 in Höhe von 30 Mio. EUR zu, allerdings mit der Einschränkung, bei der Entfernung zwischen Busbahnhof und Schwebe-

bahn die Wege der BerufspendlerInnen nicht zu verlängern.

Die Zustimmung zu diesen Plänen ist aber ausdrücklich mit der Forderung verbunden, weder die Deutsche Bahn noch das Landesverkehrsministerium aus der Finanzierungsverantwortung zu nehmen. Für die Anpassung des DB-Empfangsgebäudes ist ein ganz erheblicher Eigenmittelanteil der Stadt Wuppertal vorgesehen ebenso wie für den Busbahnhof.

Die Eigenmittelanteile für die Anpassung des DB-Empfangsgebäudes und für die Neugestaltung des Busbahnhofes müssen reduziert und in andere Teilprojekte zum Umbau des Döppersberges investiert werden. Die Deutsche Bahn ist wirtschaftlich gesehen die eigentliche Nutznießerin einer attraktiven Umgestaltung des gesamten Bahnhofsvorplatzes. Die GRÜNEN erwarten daher eine entsprechende fi-

nanzielle Beteiligung der Deutschen Bahn an der Umgestaltung ihrer Empfangshalle. Das Gleiche wird vom Landesverkehrsministerium hinsichtlich des Busbahnhofes erwartet.

Die durch das nicht realisierte Projekt Magnetschwebbahn frei werdenden Mittel müssen zum Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur in NRW und hier insbesondere zur Deckung im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes genutzt werden.

Damit wäre eine andere und frühere Finanzierung des Busbahnhofes zu erreichen, so dass hier vernünftig nachgearbeitet werden kann.

Eine entsprechende Initiative an Sylvia Löhrmann, die Vorsitzende der bündnisGRÜNEN Landtagsfraktion und als Abgeordnete auch zuständig für die Bergische Region, ist bereits von der GRÜNEN Ratsfraktion Wuppertal auf den Weg gebracht worden.

Ratschronik vom 31.03.2003

Vorsitz des Ehrenrates

Die CDU hat ihren Antrag mit der Forderung an den Oberbürgermeister, seinen Vorsitz im Ehrenrat der Stadt Wuppertal bis zur Rechtskraft seines Freispruches ruhen zu lassen, zurückgezogen. Begründung: Der OB habe erklärt, eine Sitzung des Ehrenrates stünde sowieso nicht an und wenn doch, dann würde er erst nach Absprache mit den Fraktionen den Vorsitz übernehmen. Der Ehrenrat hat die Aufgabe, auf die Einhaltung der Wuppertaler Ehrenordnung zu achten und bei Verstößen Empfehlungen auszusprechen. Die CDU ist der Auffassung, dass der OB auch nach seinem Freispruch nicht unbefangenen den Vorsitz wahrnehmen kann.

Woche der Europäischen Mobilität

Die GRÜNEN beantragten die Beteiligung der Stadt an der Europäischen Woche der Mobilität mit dem Schwerpunkt Barrierefreie Mobilität im September zumal 2003 zum Internationalen Jahr der Behinderten erklärt wurde. Der Antrag wurde zunächst in den Ver-

kehrsausschuss überwiesen.

Ehemaliger Rangierbahnhof Vohwinkel

Zum geplanten Gewerbegebiet beantragte die GRÜNE Fraktion die Aufstellung eines Bebauungsplanes, die Schaffung ausreichender Kompensations- und Ausgleichflächen, ein Verkehrskonzept für das Umfeld, die Nutzung durch emissionsarmes Gewerbe und eine umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch dieser Antrag wurde zunächst in den Fachausschuss verwiesen.

Koordinierungsstelle für Bauprojekte Wuppertaler Firmen

Um eine schnellere Bearbeitung von Bauanträgen aus der Wirtschaft zu ermöglichen, beantragten die GRÜNEN die Einrichtung einer Koordinierungsstelle in der Verwaltung und die Erstellung eines Informationssystems, um den BürgerInnen eine Übersicht über den Stand und die Laufzeit der Bauanträge zu ermöglichen. Der Antrag wurde zur Vorberatung an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

Rechtlicher Status der Arkadengänge am Rathaus

Da die Verwaltung in einem Schreiben zu keiner einheitlichen Auffassung darüber kam, ob die Stadt Hausrecht unter den Arkaden ausüben kann (z.B. um Obdachlose des Platzes zu verweisen), beantragte die GRÜNE Fraktion die Erstellung eines externen juristischen Gutachtens, um zu Rechtssicherheit zu gelangen. Auch dieses Thema wurde zunächst in den Fachausschuss überwiesen.

Pilotprojekt Offene Ganztagschule

Um die Offene Ganztagschule auch in Wuppertal auf den Weg zu bringen, stellte die GRÜNE Fraktion den Antrag, in ausgewählten Stadtbezirken das Konzept als Modellprojekt zu starten. Hierfür sollte die Verwaltung ein Konzept erstellen, soziale Indikatoren bei der Auswahl der Schulen mit berücksichtigen und die Träger der Jugendhilfe in die Planungen einbeziehen. Auch dieser Antrag wurde zur Vorberatung an die Fachgremien überwiesen.

Wuppertals BürgerInnen engagiert gegen den Irak-Krieg

Städte für den Frieden

Auf Initiative der GRÜNEN verabschiedete der Rat eine von allen Fraktionen unterstützte Resolution, die den Irak-

Krieg als völkerrechtlich höchst zweifelhaften Präventivschlag ablehnt. Der Appell wird in ganz Europa von Städten wie Rom, London, Paris, Brüssel, Wien, Berlin und Wuppertal getragen.

Ratschronik vom 02.06.2003

Alte Mehrheiten wiederhergestellt

Ein paar Monate lang herrschte ein Patt im Wuppertaler Rat, weil Manfred Dekker, Stadtverordneter der CDU, sein Mandat als Konsequenz aus Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen des Verdachts der Vorteilsannahme ruhen ließ.

Der SPD-Stadtverordnete Jürgen Specht, gegen den die Staatsanwaltschaft bereits seit Monaten ermittelt, hätte als Deckers Stellvertreter die Leitung des Ausschusses für verbindliche Bauleitplanung übernehmen müssen und trat daraufhin von seinem Ratsmandat zurück. Beide sollen sich im Zusammenhang mit Bauvorhaben des Unternehmers Uwe Clees der Vorteilsannahme schuldig gemacht haben.

In der Juni-Ratssitzung schied nun auch Decker aus dem Rat aus, wodurch die Ein-Stimmen-Mehrheit von

CDU und FDP wiederhergestellt ist. Die Nachfolge tritt Arno Gerlach an.

Wahl des Generalmusikdirektors

Einstimmig votierte der Rat der Stadt für Toshiyuki Kamioka als Nachfolger des Orchesterchefs George Hanson. Im August nächsten Jahres wird er sein Amt antreten.

Anfrage zum Behindertengleichstellungsgesetz

In einer umfangreichen Anfrage erkundigte sie die bündnisGRÜNE Ratsfraktion nach den Aktivitäten der Stadtwerke und VSG, um der im Gesetz vorgesehene Herstellung von Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr nach zu kommen.

Das Ergebnis kann sich insgesamt durchaus sehen lassen:

Bislang gibt es Arbeitskreise, die sich

mit dem Thema auseinandersetzen, eine Umsetzung der Verordnung und Gesetze ist bislang noch nicht erfolgt. Es wurden einige konkrete Verbesserungen in die Praxis umgesetzt wie z.B. optische und akustische Fahrgastinformationen sowohl an den Fahrzeugen als auch an den Haltestellen. Es kommen bereits jetzt schon zu 80 Prozent Niederflerbusse zum Einsatz, der Einsatz von Fahrzeugen mit ausziehbaren Rampen genießt bei aktuell ca. 22 Prozent des Gesamtbestandes ebenfalls Priorität. Bei allen zukünftigen Vorhaben wird das Prinzip der Barrierefreiheit zwingend beachtet.

Aktuelle Viertelstunde:

Verunreinigung der Hardt

Verwaltung und Politik gaben Stellungnahmen zur Sauberkeit in städtischen Parkanlagen ab. Der bündnisGRÜNE Umweltsprecher Harald Bayer konnte berichten, dass gegenüber dem Frühjahr schon ein Erfolg zu verzeichnen ist. Das Müllaufkommen in den Wuppertaler Anlagen ist sichtbar um 40 Prozent zurückgegangen, da Polizei und Ordnungsamt Kontrollen durchführen.

Fuhlrott-Museum

Die GRÜNE Fraktion beantragte im Rat unter anderem, den Erhalt des Fuhl-

rott-Museums als Naturkundemuseum für das Rheinland sicherzustellen, die Leitungsposition wieder zu besetzen und die bisherigen Stellen zu erhalten, auch weiterhin Ausstellungen zu konzipieren und zu zeigen. Der Antrag wurde in den Kultur- und den Finanzausschuss überwiesen.

Kein Denkmalschutz für die GOH-Kaserne

Einstimmig beschloss der Rat, dass die Generaloberst-Hoepfner-Kaserne nicht unter Denkmalschutz gestellt werden dürfe. Das Gelände ist als Gewerbepark zu wichtig für die Stadt.

Erste Offene Ganztagschule in Wuppertal

Der Rat der Stadt befürwortete die Teilnahme der Grundschule Engelbert-Wüster-Weg in Ronsdorf vom kommenden Schuljahr an am Modellprojekt für offene Ganztagsgrundschulen. Eine endgültige Entscheidung hierüber wird in der nächsten Ratssitzung getroffen. Alle Anträge der GRÜNEN zur Offenen Ganztagschule (OGS) wie z.B. Einrichtung von zwei Steuerungsgruppen zur Gesamtplanung oder: Einführung der OGS als Modellprojekt wurden an die neu gegründete Kommission zur OGS zur weiteren Beratung verwiesen.

Rechtlicher Status der Arkadengänge am Rathaus

Schon in der März-Sitzung des Rates (siehe Ratschronik zum 31.03.03) wurde das Thema in den Fachausschuss überwiesen, so auch in dieser Ratssitzung. Wir sind gespannt auf das Ergebnis des Ausschusses Schutz und Ordnung.

Kein Umbau-Zuschlag für den Besuch von Theater und Oper

Der Antrag der FDP, jeweils einen Euro auf jede Karte von Theater und Oper aufzuschlagen, um den Umbau der Spielstätten darüber zum Teil zu finanzieren, wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Es wäre widersinnig, die ZuschauerInnen zu belasten, die dem Theater und der Oper treu sind. Die Gefahr, dass die Zahlen noch weiter sinken, wäre zu hoch, der Antrag war somit kontraproduktiv.

Keine Abschaffung der Gewerbesteuer

Ein Antrag der FDP, entgegen dem Vorschlag des Deutschen Städtetages die Gewerbesteuer abzuschaffen, fand weder bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN noch bei SPD oder CDU Unterstützung und wurde klar abgelehnt.

Modellprojekt im Tal

■ Offene Ganztagschule Engelbert-Wüster-Weg

Nicht erst seit gestern ist bekannt, dass im Rahmen der PISA-Studie grundsätzlich die Länder besser abschnitten, die über ein Ganztags-Schulsystem verfügen. Bundes- und Landesregierung haben daher die Offene Ganztagschule auf den Schild gehoben. Bis zum Jahr 2007 sollen für 25% der Kinder Ganztagsplätze angeboten werden können.

Schon im März forderte die GRÜNE Fraktion den Rat der Stadt Wuppertal mit einem Antrag auf, das von der Landesregierung initiierte Konzept der offenen Ganztagschule (OG) an mehreren Schulen in ausgewählten Stadtbezirken schon in diesem Jahr zu starten. Die Auswahl der Schulen sollte

sich unter anderem nach Stadtbezirken richten, denen bisher keine zufriedenstellende Zahl an Betreuungsplätzen zur Verfügung steht.

Weitere soziale Indikatoren (z.B. Dichte des Sozialhilfebezuges / Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund) sollten berücksichtigt werden. Nach heftigen Geburtswehen in Rat und Verwaltung stehen die Chancen für einen Start der offenen Ganztagschule - zumindest an einer Schule in Wuppertal - zum Schuljahr 2003/2004 zur Zeit ganz gut. Die abschließende Zustimmung des Rates (28.07.2003), auch der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ist jedoch ein ausgereiftes Konzept zur Durchführung der offenen Ganztagschule an der Grundschule Engelbert-Wüster-Weg gekoppelt.

Nach Angaben der Verwaltung war derzeit keine weitere Grundschule in der Lage, die erforderlichen Voraussetzungen zur Teilnahme an der offenen

Ganztagschule zum Schuljahr 2003/2004 zu erfüllen.

Der genannte Standort in Wuppertal-Ronsdorf erfüllt zwar weniger die oben genannten - von uns geforderten - sozialen Kriterien, dennoch können wir alle aus den Erfahrungen des Modellprojektes im Hinblick auf die stadtweite Einführung der offenen Ganztagschule lernen.

Bei der weiteren Erarbeitung des Konzeptes der offenen Ganztagschule müssen nach Ansicht der GRÜNEN Fraktion unbedingt die Träger der Jugendhilfe, die Betreuungsvereine an den Grundschulen und Sportvereine verstärkt beteiligt werden.

Dies ist notwendig, da das Konzept der offenen Ganztagschule eine Zusammenarbeit verschiedener Träger zum Wohle eines vielschichtigeren Lern- und Erlebnisraumes Schule beinhaltet. Hierfür werden wir uns auch weiterhin klar einsetzen.